

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Oktober 2021 – Drucksache 17/1053

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Oktober 2021 – Drucksache 17/1053 – Kenntnis zu nehmen.

27.10.2021

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Sabine Hartmann-Müller

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/1053, in seiner 4. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 27. Oktober 2021.

Der Vorsitzende gab zu bedenken, die bisherige Vorgehensweise, den Quartalsbericht der Landesregierung über aktuelle europapolitische Themen im Wesentlichen in einer Plenarsitzung zu diskutieren, sollte seines Erachtens überdacht werden. Häufig setze das Präsidium die Berichte ans Ende der Tagesordnung einer Donnerstagssitzung. Doch zu später Stunde und bei einer Redezeit von fünf Minuten sei es im Plenum kaum möglich, die Themen gegenüber den Abgeordneten, der Regierung und auch der Öffentlichkeit angemessen zu kommunizieren. Eine Möglichkeit wäre nun, sich im Ausschuss ausführlich durch den Staatssekretär informieren zu lassen. Der Glaube, dass dies im Parlament nachgeholt werden könne, sollte aufgegeben werden.

Nichtsdestotrotz bleibe das Parlament als Möglichkeit der öffentlichen Darstellung weiterhin sehr wichtig. In diesem Zusammenhang werde er das Präsidium nochmals bitten, den Bericht über aktuelle europapolitische Themen auf der Tagesordnung etwas mehr nach vorn zu ziehen, um so mehr Öffentlichkeit für das Thema Europa herzustellen. Sollte das Präsidium nicht bereit sein, bei jedem Quartalsbericht so vorzugehen, so sei dies vielleicht einmal pro Halbjahr möglich.

Eine weitere Möglichkeit bestehe darin, dass die Fraktionen zu Europathemen Aktuelle Debatten anmeldeten.

Er hielt fest, es brauche eine neue Möglichkeit der Kommunikation. Darüber werde er sich im Einzelnen noch mit den Arbeitskreisvorsitzenden austauschen.

Schließlich dankte er dem Staatssekretär für den Bericht, in dem über den Stand der Europapolitik in der Regierungsarbeit informiert werde.

Der Staatssekretär für politische Koordinierung und Europa im Staatsministerium wies darauf hin, das Präsidium habe die Mitteilung Drucksache 17/1053 als vierten Punkt auf die Tagesordnung der 18. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg am Mittwoch, den 10. November 2021, gesetzt. Daher komme dem Bericht in diesem Fall etwas mehr Aufmerksamkeit zu.

Er fuhr fort, bei der Gemischten Regierungskommission letzte Woche in Kroatien habe sich gezeigt, dass es gut sei, dass die Zuständigkeit für die Europapolitik im Gegensatz zur letzten Legislaturperiode, in der diese auf zwei Häuser aufgeteilt gewesen sei, jetzt im Staatsministerium vereint sei. Zwar befasse sich die Gemischte Regierungskommission häufig mit sehr konkreten fachlichen Themen – dieses Mal seien Schwerpunkte u. a. auf der Kooperation bei Polizei und Feuerwehr, in der Landwirtschaft und im Weinbau gelegen –, es habe aber auch die Möglichkeit bestanden, sich über aktuelle europapolitische Themen auszutauschen, so z. B. über den Wunsch Kroatiens, möglichst schnell dem Euro- und Schengen-Raum beizutreten. Dem stehe Baden-Württemberg sehr offen und sehr positiv gegenüber.

Auch über die Pushbacks an der Grenze Kroatiens, über die in den vergangenen Wochen in den Medien berichtet worden sei, sei gesprochen worden. Nach seinem Eindruck hätten die Kroaten verstanden, dass es gelte, den Werten der Europäischen Union und den rechtsstaatlichen Verfahren Vorrang zu geben. Bei der Polizei sei konsequent und schnell gehandelt worden. So seien drei Beamte freigestellt worden. Wenn Kroatien dem Schengen-Raum beitreten sollte, dann müssten an den Außengrenzen selbstverständlich auch die europäischen Standards gelten.

Insgesamt sei der Besuch sehr positiv und freundschaftlich verlaufen. Dabei seien die engen Verbindungen zwischen Deutschland und Kroatien noch einmal klar geworden. Kroatien habe etwa vier Millionen Einwohner. In Deutschland lebten 500 000 Menschen kroatischer Abstammung, davon 125 000 in Baden-Württemberg. Das sei eine beträchtliche Diaspora. Jeder in Kroatien habe irgendwelche Verbindungen nach Deutschland, häufig auch Verbindungen nach Baden-Württemberg.

Deswegen sei es erfreulich, dass jetzt wieder eine Gemischte Regierungskommission habe stattfinden und er mit einer kleinen Delegation nach Kroatien habe reisen können. Diese Reise finde sich in dem jetzt vorliegenden Quartalsbericht noch nicht, sondern erst im nächsten. Doch habe er die Information darüber aufgrund der Aktualität nicht vorenthalten wollen.

Ein wichtiges Thema im Quartalsbericht und ein Schwerpunkt seien die steigenden Energiepreise. Am kommenden Sonntag beginne in Glasgow die UN-Klimakonferenz. Da würden die Augen ganz besonders auf die Europäische Union gerichtet sein, die sich zum Ziel gesetzt habe, zum ersten klimaneutralen Kontinent zu werden. Das sei kein Selbstzweck. Das hätten im Sommer die Unwetter und Waldbrände gezeigt. Seines Erachtens sollte die EU ihre Rolle als Motor für den weltweiten Klimaschutz dort weiterführen und zeigen, dass sie es selbst ernst meine.

Da sei die Umsetzung des Green New Deal mit dem „Fit for 55“-Paket ganz entscheidend. Zu diesem umfassenden Gesetzespaket habe in Brüssel jetzt das Gesetzgebungsverfahren begonnen. Die aktuelle Energiepreisentwicklung mache deutlich, was die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern für die Bürgerinnen und Bürger am Ende bedeuten könne. Deshalb sei aus seiner Sicht der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien auf europäischer Ebene nicht nur im Sinne des Klimaschutzes, sondern auch mit Blick auf die Strompreise essenziell. Hier betone die neue Europäische Kommission, dass Strom aus erneuerbaren Energien derzeit

am Markt der billigste Energieträger sei. Ein Instrument der vor einigen Wochen vorgelegten Toolbox zur Eindämmung steigender Energiepreise sei der rasche weitere Ausbau der erneuerbaren Energien, weil der ambitionierte Ausbau der erneuerbaren Energien am Ende des Tages auch die Börsenstrompreise senke. Auch Baden-Württemberg habe in diesem Bereich mit der Einrichtung einer Taskforce Anstrengungen unternommen. Derzeit liege die Notifizierung der Südquote, die im Erneuerbare-Energien-Gesetz vorgesehen sei, in Brüssel. Auch da sei Baden-Württemberg in intensiven Gesprächen.

Beim „Fit for 55“-Paket gehe es um Weichenstellungen für sehr komplexe und technische Einzelvorhaben in vielen Bereichen. Der Bundesrat habe seine Beratung jetzt um eine Runde vertagt, weil das Paket so umfassend und unübersichtlich sei. Das bedeute, dass das Thema im Bundesrat nicht vor Ende November behandelt werde. Die Landesregierung sei derzeit dabei, sukzessive die Landtagsunterrichtung zu erstellen.

Was die Konferenz zur Zukunft Europas betreffe, so sei am Montag mit der Landtagspräsidentin in der Landesvertretung in Brüssel ein Debriefing zur vergangenen Runde durchgeführt worden. Seines Erachtens sollte die Zukunftskonferenz allmählich ins Rollen kommen. Nach seinem Eindruck hätten die Rahmenbedingungen bzw. die Fragen, über was in der Zukunftskonferenz überhaupt diskutiert werden dürfe, ob über institutionelle Fragen und zukünftige Weichenstellungen auf institutioneller Ebene, über Einstimmigkeit, Mehrstimmigkeit und dergleichen gesprochen werden dürfe, das Ganze eher blockiert. Es sei darüber gestritten worden, ob die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und der Bürgerforen formal oder informell in die Zukunftskonferenz zurückfließen. Nun habe es die Verständigung gegeben, dass es Berichte in der Zukunftskonferenz geben werde.

Insgesamt sei er etwas enttäuscht und hoffe, dass die Öffentlichkeit noch mehr einbezogen werde. Bei der Europa-Union, auf deren Landesversammlung er vor zwei Wochen gewesen sei, habe sich schon jeder mit der Konferenz zur Zukunft Europas befasst und habe eventuell sogar schon einen eigenen Eintrag auf der Homepage gemacht. Doch sei nach seiner Ansicht in der Breite der Bevölkerung und in der medialen Berichterstattung noch Luft nach oben.

Deswegen sei er froh, dass die Formate der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg nun Fahrt aufnehmen. So habe es jetzt beispielsweise entlang der Donaauraumstrategie mit Jugendlichen eine erste sehr interessante Runde gegeben. Auch sei am Wochenende der erste Bürgerdialog auf Landesebene mit 65 Zufallsbürgerinnen und -bürgern aus sechs Kommunen durchgeführt worden. Dort seien Ansichten zu allen wichtigen Themen – beispielsweise zu institutionellen Fragen, Klimaschutz, zur Wertegemeinschaft und Rechtsstaatlichkeit – ausgetauscht worden. Am zweiten Novemberwochenende erarbeiteten die Bürgerinnen und Bürger dann die konkreten Zukunftsvisionen aus den ausgewählten Themenbereichen. Die Ergebnisse müssten dann in die Plenarversammlung eingespeist, aufgenommen und berücksichtigt werden.

An dieser Stelle signalisiere er nochmals die Bereitschaft, die Ausschussmitglieder im Rahmen der Prozesse bzw. der Bürgerdialoge in Baden-Württemberg einzubinden und mitzunehmen. Der Ausschuss selbst veranstalte in einigen Wochen auch ein Forum. Es müsse daran gearbeitet werden, dass die Ergebnisse nicht nur über die Landtagspräsidentin als Vertreterin Baden-Württembergs, sondern auch über die Bundesratsvertreter entsprechend eingespeist würden.

Der Vorsitzende merkte an, der Ausschuss für Europa und Internationales greife am 23. November 2021 das Thema „Konferenz zur Zukunft Europas“ in einer öffentlichen Anhörung auf. Die Zukunft Europas sollte eigentlich ständiges Thema sein. Schon im Bundestagswahlkampf sei das Thema Europa viel zu kurz gekommen. Es bleibe zu hoffen, dass der Zukunftskongress nicht nur ein guter Gedanke sei, sondern dass auch etwas hängen bleibe. Es wäre begrüßenswert, wenn die Anhörung in der Presse Resonanz fände.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE dankte dem Staatssekretär für die interessante Berichterstattung und bemerkte, sie habe in Künzelsau im Hohenlohekreis zeitweise an dem Bürgerdialog zur Zukunftskonferenz teilgenommen. Alle Alters-

gruppen seien vertreten gewesen. Auffallend sei gewesen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger beteiligen wollten und ein großes Interesse daran hätten, dass Europa vorankomme.

Ausweislich der Mitteilung Drucksache 17/1053 habe der Staatssekretär die serbische Botschafterin zu einem Antrittsbesuch empfangen. In diesem Zusammenhang interessiere sie, ob in dem Dialog mit Kroatien auch die Beziehungen Baden-Württembergs zu Serbien und der Beitrittsantrag Serbiens zur Europäischen Union zur Sprache gekommen seien.

Der Staatssekretär erläuterte, das sei tatsächlich ein Thema gewesen. Im Grunde sei es nicht nur um die Beitrittsperspektive Serbiens, sondern um die Beitrittsperspektive der gesamten Westbalkanstaaten gegangen. Kroatien unterstütze das und werbe innerhalb der Europäischen Union dafür. Es sei ähnlich positioniert wie Baden-Württemberg.

In Serbien habe es aktuell Spannungen gegeben, über die in den Medien berichtet worden sei. Auch auf dem europäischen Kontinent sei es keine Selbstverständlichkeit, dass es immer spannungsfrei und friedlich bleibe. Hier verweise er auch auf den Brexit bzw. das Nordirland-Abkommen. Da gehe es nicht nur um den Warentransfer, sondern auch um Frieden und friedliches Zusammenleben. Das sei ihm im Gespräch mit der serbischen Botschafterin nochmals sehr bewusst geworden.

Beim Treffen mit der serbischen Botschafterin sei im Übrigen auch darüber gesprochen worden, dass die Gemischte Regierungskommission mit Serbien im nächsten Jahr wahrscheinlich in Stuttgart tagen werde.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/1053 Kenntnis zu nehmen.

4.11.2021

Hartmann-Müller